

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/65

4. April 1977

Programm für Zukunftsinvestitionen

Nutzen für die Städte - Hilfen für die Wirtschaft

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Portugiesischer Beitrittsantrag

Die Europäische Gemeinschaft muß Farbe bekennen

Von Manfred Schmidt MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für
Außenwirtschaftsbeziehungen im Europäischen Parlament

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Antiparlamentarische Emotionen

Zum mißglückten "Report"-Versuch Unvergleichbares

Von Hermann Dürr MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 5 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmitz

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 60 3839
Telex: 66 88 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Programm für Zukunftsinvestitionen

Nutzen für die Städte - Hilfen für die Wirtschaft

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes hat vor wenigen Tagen einen Ausblick auf die nach seiner Einschätzung zu erwartende Entwicklung in der Bauwirtschaft gegeben, der nicht gerade von Optimismus getragen ist. Der Verband prognostiziert auch für das Jahr 1977 einen - wenn auch gegenüber den Vorjahren stark abgemilderten - Rückgang der Beschäftigungszahlen. Für möglich hält der Verband, daß rund 25.000 Arbeitsplätze am Bau verloren gehen könnten.

Ich glaube, man kann diese Prognose nicht leichtfertig als unrealistische oder von Verbandsinteressen getragene Schwarzmalerei abtun. Die Lage der Branche ist in der Tat nach wie vor schwierig. Der Bundesregierung ist es in den vergangenen Jahren gelungen, den konjunkturell wie strukturell bedingten Anpassungsprozeß am Bau in tragbaren und sozial verantwortbaren Bahnen zu steuern. Auch in den kommenden Jahren wird die Bundesregierung ihrer Verantwortung für die Bauwirtschaft in ebensolcher Weise Rechnung tragen. Den ersten Beweis hat sie mit der schnellen Verabschiedung des mehrjährigen Investitionsprogramm geliefert, das vor allem in der Bauwirtschaft beschäftigungswirksame Impulse auslösen wird. Das Programm verknüpft dabei Hilfen für die Wirtschaft in idealer Weise mit direktem Nutzen für den Bürger.

Das Gesamtvolumen des Programms bis 1980 mit rund 16 Milliarden Mark als Obergrenze wurde mit Augenmaß gewählt. Der Vorrat an durchgeplanten Projekten ist nicht unbegrenzt, die Haushaltslage aller Gebietskörperschaften war mit zu berücksichtigen und schließlich mußten auch die Auswirkungen auf dem Kapitalmarkt sorgfältig abgewogen werden. Im Interesse einer raschen Beschäftigungswirkung muß das Programm möglichst unverzüglich in die Tat umgesetzt werden. Im Grundgesetz sind sich der Bund und die Länder darüber völlig einig. Ein Streit um Punkte hinter dem Komma bei den Finanzierungs-

quoten darf das Programm nicht vorzögern, will man nicht negative beschäftigungspolitische Konsequenzen in Kauf nehmen.

Die im Programm vorgesehenen Investitionen sind zu wesentlichen Teilen Bauinvestitionen, sei es nun im Hoch- oder im Tiefbau. Das trifft etwa zu für die Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrssystems, den Aus- und Umbau von Einrichtungen der beruflichen Bildung, insbesondere aber für den Bereich, der unmittelbar in der Zuständigkeit des Bundesbauministers betreut wird: Die Verbesserung der Lebensverhältnisse in unseren Städten und Gemeinden. Hier fördern wir die Erhaltung und Erneuerung ausgewählter historischer Stadtkerne, Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in den Innenbereichen der Städte, die Verlagerung störender Gewerbebetriebe, sowie den Ersatzwohnungsbau in Sanierungsgebieten. Insgesamt geht es um eine Verbesserung der Zukunftschancen in Städten und Gemeinden.

Es besteht kein Zweifel, daß all diese Maßnahmen von der Nachfrageseite her zusätzliche Impulse für die Bauwirtschaft liefern werden. Der Schwerpunkt der Beschäftigungswirkung wird im Jahre 1978 liegen, allerdings werden bereits 1977 voraussichtlich knapp drei Milliarden Mark im Hochbau und im Tiefbau auftragswirksam. Im öffentlichen Bau kann damit der im vergangenen Jahr deutlich gewordene Abwärtstrend gestoppt und eine Stabilisierung erreicht werden. Die im Programm vorgesehenen Mittel für den Ersatzwohnungsbau werden gleichzeitig in einem gewissen Maße die leicht rückläufigen Förderungszahlen im sozialen Wohnungsbau ausgleichen können. Im Wirtschaftsbau schließlich könnte die Entwicklung wieder nach oben tendieren, wenn die Neigung der Unternehmen zu Erweiterungsinvestitionen sich nachhaltig verstärkt.

Das mehrjährige Investitionsprogramm ist meiner Auffassung nach beispiellos; beispiellos in seiner Größenordnung, in seiner langfristigen Anlage, in seinen Struktur- und Wachstumsvorsorgeaspekten. Für die Bauwirtschaft ist insbesondere dieser langfristige Aspekt von Bedeutung; vermittelt er doch, soweit es heute möglich ist, ein relativ großes Maß an Sicherheit über das zu erwartende Bauvolumen der öffentlichen Hand. Ich hoffe, daß die Beschäftigungswirkungen für die Bauwirtschaft schon bald deutlich werden.

(-/4.4.1977/kr/ba)

+ + +

Portugiesischer Beitrittsantrag

Die Europäische Gemeinschaft muß Farbe bekennen

Von Manfred Schmidt MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für
Außenwirtschaftsbeziehungen im Europäischen Parlament

Am 28. Februar 1977 hat Portugal den Antrag auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft in Brüssel eingereicht. Nach der Rundreise des portugiesischen Ministerpräsidenten Mario Soares durch die neun Hauptstädte und zum Europäischen Parlament nach Straßburg war der Antrag zu erwarten. Überall in der Gemeinschaft hatten die Regierungschefs, aber auch Oppositionspolitiker ihre grundsätzliche Zustimmung zum Beitritt Portugals ausgedrückt. Eine andere Haltung wäre auch unverständlich gewesen, nachdem die Gemeinschaft Griechenland, Portugal und Spanien in der Zeit der Diktatur immer wieder daran erinnert hatte, daß nur demokratischen Ländern die EG offensteht. Diese Bedingung ist allerdings in Spanien auch heute noch nicht erfüllt.

Portugal hat aber politisch ein Anrecht darauf, in den Kreis der EG aufgenommen zu werden. Das Land hat sich von der faschistischen Diktatur befreit, und unter Führung der Sozialistischen Partei ist auch die Gefahr eines Putsches und der Etablierung einer Linksdiktatur gebannt worden. Die Demokratie in Portugal ist gefestigt.

Was die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt angeht, ist die Lage weniger günstig. Mario Soares hat selbst darauf hingewiesen, daß Portugal seine Strukturen ändern muß, um den ökonomischen Rückstand gegenüber der EG aufzuholen. Schon nach dem Abkommen EG-Portugal müssen in den nächsten Jahren die portugiesischen Zölle für Industriegüter abgebaut werden.

Für die portugiesische Landwirtschaft werden Lösungen gefunden werden müssen, die Strukturwandel und Modernisierung ohne soziale Konflikte ermöglichen. Dieses Problem ist auch in Teilen der jetzigen Gemeinschaft noch nicht gelöst.

Sicherlich ist eine solidarische Unterstützung Portugals durch die Gemeinschaft notwendig, um das Land in den Stand zu versetzen, die Rech-

te und Pflichten eines Mitgliedstaates der EG vollständig ausüben zu können.

Mario Soares denkt an eine Übergangszeit von fünf bis sieben Jahren nach dem Beitritt. Das Verlangen erscheint nicht unbillig. Immerhin sind die drei neuen Mitgliedstaaten schon seit fast fünf Jahren in der EG, und die Gemeinschaft hat ihnen genügend Zeit zur Anpassung eingeräumt.

Man wird jetzt darauf achten müssen, daß nicht die Vorbereitung der Beitrittsverhandlungen und die Verhandlungen selbst durch nachgeschobene Bedenken von Mitgliedstaaten behindert werden. Das gilt zuerst auch für die EG-Kommission, die nach den Verträgen zum Beitrittsantrag Stellung nehmen muß. Ihr politisches Ungeschick bei der Stellungnahme zum griechischen Beitrittsantrag ist noch in frischer Erinnerung.

Schon während der Verhandlungen werden die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten einen institutionellen Mechanismus entwickeln müssen, um die Beitrittskandidaten am Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft und der politischen Zusammenarbeit teilhaben zu lassen. Wenn der EG-Entscheidungsprozeß schon heute schwerfällig ist und häufig blockiert wird, liegt das allerdings an den alten Mitgliedstaaten und nicht daran, daß andere der Gemeinschaft beitreten wollen.

Das Europäische Parlament soll 1978 direkt gewählt werden. Deshalb sollte schon jetzt geprüft werden, wie Abgeordnete aus den Kandidatenländern als Beobachter an den Arbeiten des Parlaments beteiligt werden können. Dadurch können auch Hindernisse in den Verhandlungen rechtzeitig erkannt und an die demokratische Öffentlichkeit gebracht werden.

Die Sozialistische Fraktion hat in Straßburg Mario Soares ihre Unterstützung für den Beitritt Portugals zugesagt. Sie steht zu diesem Wort.
(-/4.4.1977/bgy/1a)

+ + +

Antiparlamentarische Emotionen

Zum mißglückten "Report"-Versuch unvergleichbares gleichzusetzen

Von Hermann Dürr MdB

Mitglied des Innenausschusses

Der alte Satz "Reim dich oder ich freß dich" soll das Bemühen unbegabter Dichter illustrieren, die mit aller Gewalt einen sprachlichen Gleichklang suchen, auch wenn es dabei mit dem Sinn des Textes nicht mehr weit her ist. An solche vergebliche Liebesmüh erinnert der derzeit übliche Versuch, alle finanziellen Forderungen, die diese oder jene Gruppe an den Staat stellt, mit den Bezügen der Bundestagsabgeordneten zu vergleichen. Das läuft meist auf den Versuch hinaus, unvergleichbares gleichzusetzen.

Ein Beispiel von vielen ist die "Report"-Sendung im ersten Fernsehprogramm vom Montag der Vorwoche. Da wurde von den Bemühungen der Düsenjägerpiloten um Erhöhung ihrer Fliegerzulage berichtet. Die hat offiziell die Bezeichnung Aufwandentschädigung. Weil auch für die Kostenpauschale der Bundestagsabgeordneten gelegentlich der Ausdruck Aufwandentschädigung gebraucht wird (zum Beispiel in der Überschrift von § 13 des Rechtstellungsgesetz), wird die Entwicklung der beiden Geldleistungen gegenübergestellt und auf dem Bildschirm in Graphik gezeigt. Hier die Fliegerzulage: niedrig und nur langsam ansteigend. Dort die Kostenpauschale der Abgeordneten: bei einem weit höheren Betrag beginnend und steiler nach oben führend. Welchen Eindruck will Franz Alt von der "Report"-Redaktion damit erwecken? Doch den, daß die Abgeordneten sich selbst das bewilligen, was sie anderen verweigern.

Dabei sind Fliegerzulage und Kostenpauschale in ihrem Charakter so andersartig, daß sich sogar der Vorwurf, hier würden Äpfel mit Birnen verglichen, wegen zu großer Ähnlichkeit der beiden Obstsorten verbietet. Die Fliegerzulage ist der Versuch eines materiellen Ausgleichs für besondere Verantwortung und Gefahr, die Kostenpauschale der Abgeordneten ist der pauschalierte Ersatz für Sach-, Büro- und Fahrkosten im Wahlkreis, für die zweite Wohnung am Sitz des Bundestages sowie für die Auto-, Taxi- und Übernachtungskosten im Inland. Beiden ist kaum mehr gemeinsam, als daß es sich um Geldbeträge handelt, die monatlich ausbezahlt werden.

Damit soll weder etwas gegen die Erhöhung der Fliegerzulage noch gegen Kritik an System und Höhe der Kostenpauschale gesagt sein. Kritik ist richtig und nötig. Sie kann sogar wirksam sein, wenn sie ein gewisses Niveau hat. Wer aber Kritik so allgemein vorbringt, daß dadurch nur vorhandene antiparlamentarische Emotionen gekitzelt werden, der verdient keinen Beifall, auch wenn es die Redaktion von "Report" ist. (-/4.4.1977/kr/cb)